

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Heimut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

Hans-Jürgen Wischnewski
MdB weist die Unions-
Attacken gegen Hans Apel
zurück: Lüsterne Aufge-
regtheit.

Seite 1

Klaus Dieter Kühbacher
MdB, Obmann der SPD-
Fraktion im Rechnungs-
prüfungsausschuß des
Deutschen Bundestages,
beschreibt, wie kriti-
schen Unions-Beamten
goldene Zügel angelegt
werden: Personalfüh-
rungskunst.

Seite 3

Günter Fichtner MdL,
Mittelstandspolitischer
Sprecher der bayeri-
schen Landtagsfraktion,
weist auf die Schäden
durch illegale Leihar-
beit hin: Gegen Sklaven-
händler vorgehen.

Seite 4

39. Jahrgang / 156

15. August 1984

Lüsterne Aufgeregtheit

Die Unions-Äußerungen zu Apel sind Ausdruck koalitionspoli-
tischer Ungereimtheiten

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB

Schatzmeister der SPD
Mitglied des SPD-Präsidiums

Die Lüsterne Aufgeregtheit, mit der sich eine Gruppe von Unionspolitikern auf Hans Apels Äußerung stürzt, die "deutsche Frage" sei nicht mehr offen, sondern nur noch im gesamteuropäischen Rahmen lösbar, ist fast schon makaber und signalisiert die Ungereimtheiten, die es in der Bonner Regierungskoalition auf dem deutschlandpolitischen Feld immer noch gibt. Denn Hans Apel hat im Grunde nur prononciert ausgesprochen, was seit Jahr und Tag Grundlage der gemeinsamen Deutschlandpolitik ist, die die heutige Bundesregierung in der Kontinuität ihrer Vorgängerin fortzusetzen gewillt ist, wie sie betont.

Zu dieser Kontinuität gehört selbstverständlich der jetzt wieder vielzitierte "Brief zur deutschen Einheit", der nach wie vor gilt, in dem aber genau das ausgedrückt wird, was Hans Apel jetzt in zwei Sätzen ausgesprochen hat, nämlich: daß eine Lösung der deutschen Frage wie auch die



Ausübung des Selbstbestimmungsrechts nur im Rahmen einer europäischen Friedensordnung wiederzuerlangen sind.

Man geht unter dieser Voraussetzung wohl nicht fehl in der Annahme, daß sich in den Reaktionen auf Hans Apels keineswegs sensationelle Bemerkungen die Widersprüche austoben, die es namentlich in den Unionsparteien gerade in der Deutschland- und Entspannungspolitik immer noch gibt. Profaner gesagt: Die deutschnationalen Kräfte in der Union, von Dregger bis Huyn, glauben nun, ihr Mütchen an einem Sozialdemokraten kühlen zu können, nachdem ihnen dies gegenüber Franz Josef Strauß aus naheliegenden Gründen verwehrt ist.

Kein Wunder, daß unter diesen Umständen aus dem Auswärtigen Amt Beunruhigung über diese gespensterhafte Diskussion signalisiert wird. Wir empfehlen deshalb namentlich Herrn Dregger, statt wütende Adressen in Richtung Berlin auszusenden, einen Blick auf das, was sein Parteifreund Mertes soeben an Bemerkenswertem über die deutsche Frage gesagt hat, nämlich: diese sei "in ihrem moralischen und politischen Kern keine Grenz- und Gebietsfrage, sondern eine Frage der persönlichen Menschenrechte und der nationalen Selbstbestimmung".

Das geht genau in die Richtung der Apel'schen Bemerkungen, so daß man fast schon gespannt sein könnte, ob Herr Dregger nun auch seinen Parteifreund Mertes auffordert, vermeintliche "politische Dummheiten" zurückzunehmen. Aber darauf wird man wohl vergebens warten.

Angesichts der offenkundigen Konfusion im Lager der Unionsparteien über die deutschlandpolitischen Notwendigkeiten kann ich - insoweit einmal in Übereinstimmung mit Franz Josef Strauß - die Bundesregierung und im besonderen den Bundeskanzler und den Bundesaußenminister nur eindringlich auffordern, das unsinnige öffentliche Gerede über die "offene deutsche Frage" schleunigst zu unterbinden. Andernfalls sind schwerwiegende Belastungen im Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten, aber nicht nur zu diesen, nicht mehr auszuschließen, was im Vorfeld des geplanten Besuches des DDR-Staatsratsvorsitzenden in der Bundesrepublik genau das Gegenteil von dem wäre, worauf es uns jetzt ankommen muß.

Wir wollen, daß dieser Besuch stattfindet und in einer schwierigen internationalen Lage zur Entspannung in Europa wesentlich beiträgt. (-/15.8.1984/va-he/rs)

+ + +



"Personalführungskunst"

Goldene Zügel für Finanz-Experten der Union

Von Klaus-Dieter Köhbacher MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Rechnungsprüfungsausschuß des Deutschen Bundestages

Die Personalentscheidungen der Regierungsmehrheit von CDU/CSU in der zweiten Reihe, das heißt für Ämter, die nicht in erster Linie im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehen, jedoch umso lukrativer sind, was ihre Bezahlung angeht, zum Teil mit Gehaltserwartungen weit über Minister- oder Kanzlerentgelt hinaus, verdienen einige Aufmerksamkeit.

Nach dem Haushaltsexperten Schröder-Lüneburg, der Vorstandsmitglied bei der DEG in Köln wurde, ist nunmehr der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Walter Althammer, auf den Posten eines Vorstandsmitglieds der Lastenausgleichsbank befördert worden. Die Regierung belohnt damit offensichtlich die qualifiziertesten Politiker, die zugleich aber auch als kritische Beobachter von Regierungspolitik bekannt waren, mit finanziell hervorragend dotierten Positionen. Hierbei kommen verschiedene Motive in Frage. Einmal die Belohnung von Haushalts- und Finanzpolitikern, die bei der Regierungsgründung aus Proporz- und Konfessionsgründen nicht zum Zuge kommen konnten, und zugleich die Belohnung für deren bisherige qualifizierte Arbeit.

Man kann die Sache aber auch andersherum betrachten. Mit dieser gelegentlichen Beförderung von besonders kritischen Parlamentariern schafft sich die Regierung schon im vorherein unbequeme Kritiker auf ihre Seite, denn mit solchen Beförderungsmöglichkeiten im Auge werden auch die anderen qualifizierten CDU- und CSU-Kollegen ihre Kritik nicht mehr laut äußern. Sondern allerhöchstens noch hinter den verschlossenen Türen von Gruppensitzungen oder Ministeriumsgesprächen werden sie ihre kritische Position zu dem mangelnden Subventionsabbau, zu der umstrittenen Steuerentlastung, zu dem Mißverhältnis zwischen Belastung der Kommunen und Entlastung der Wirtschaft äußern.

So wurde zum Beispiel der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Dr. Bernhard Friedmann, bei der Behandlung des Gutachtens des Bundesrechnungshofs zur Verkabelung auf welche Weise auch immer dazu gebracht, im Plenum, zwar unter Beibehalt des Anspruchs auf Vollkostenrechnung, der Verkabelung als medienpolitisches Instrument zuzustimmen. Auch der Technologiekritiker Dr. Lutz Stavenhagen, dessen Schärfe und Brillanz von Verteidigungsminister Apel und Forschungsminister von Bülow (beide SPD) gefürchtet war, ist nicht mehr zu hören, obwohl sich doch die Konturen beider Ausgabeapparate nicht wesentlich geändert haben.

Sollen auf diesem eleganten Weg die eigentlich unbestechlichen und kritischen Augen der Haushalts- und Rechnungsprüfer, der Finanzfachleute der Union auf eine glimmern-
de andere Zukunftsmöglichkeit gelenkt werden? Man muß den Machthabern im Konrad-Adenauer-Haus schon bescheinigen, daß sie ein gewisses Maß an Personalführungskunst draufhaben. Umso mehr ist die Opposition und die kritische journalistische Öffentlichkeit zur Aufmerksamkeit aufgerufen.
(-/15.8.1984/vo-he/rs)

+ + +



Polizei soll gegen "Sklavenhändler" vorgehen

Durch illegale Leih- und Schwarzarbeit entstehen Milliarden Schäden

Von Günter Fichtner MdL

Mittelstandspolitischer Sprecher der bayerischen Landtagsfraktion

Der zunehmenden Kriminalität auf dem Arbeitsmarkt muß ebenso entschieden begegnet werden wie der steigenden Umweltkriminalität. Analog zu den geforderten "Umweltpolizisten" ist daher der Sondereinsatz speziell geschulter Polizeibeamter, die gezielt gegen den Überhandnehmenden illegalen Verleih von Arbeitskräften und die Schwarzarbeit vorgehen, zu verlangen. Dazu müßten im Bereich der Polizei erheblich mehr Stellen ausgewiesen werden, denn die Polizei ist mit ihren sonstigen Aufgaben bereits so überlastet, daß sie nicht auch noch Umweltsünder und Schwarzarbeiter so intensiv verfolgen kann, wie das notwendig wäre.

Dem Argument der CSU-Staatsregierung, daß "die prekäre Haushaltssituation" eine verbesserte personelle Ausstattung nicht erlaubt, stehen die staatlichen Einnahmeverluste durch die sogenannte "Schattenwirtschaft" entgegen. So sind 1983 zum Beispiel im Bereich des Landesarbeitsamtes Nordbayern (es ist eine Konzentrierung außerhalb Münchens zu beobachten, nachdem dort härter durchgegriffen wird) 200 Fälle von illegalem Ver- und Entleih von Arbeitskräften registriert worden. Man schätzt, daß allein in Bayern Staat und Sozialversicherungsträger um mindestens eine Milliarde Mark betrogen werden. Das Arbeitsministerium gibt zwar zu, daß die Dunkelziffer "recht hoch" sein dürfte, Maßnahmen gegen diese "modernen Sklavenhändler" lehnte die CSU im Landtag aber ab.

Ähnliches gilt für die Schwarzarbeit. Wie der bayerische Wirtschaftsminister auf Anfrage des SPD-Abgeordneten Xaver Wolf Anfang des Jahres selbst erklärte, belaufen sich die Steuerausfälle durch Schwarzarbeit im Jahr auf 30 bis 35 Milliarden Mark. Dazu kommen noch etwa 20 Milliarden an nicht entrichteten Sozialversicherungsbeiträgen. Bayern hätte nach diesen Schätzungen also etliche Milliarden mehr im Staatssäckel, würden die Ermittlungsorgane zielgerichtet und scharf vorgehen können. Die Ausgaben für mehr Personal würden sich daher bezahlt machen.

Der volkswirtschaftliche Schaden durch Schwarzarbeit und illegalen Arbeitskräfteverleih wird noch größer, wenn man die hohe Arbeitslosigkeit berücksichtigt. Sie



trifft nicht nur die Arbeitslosen hart, sondern auch die öffentlichen Kassen. Ich fordere die Staatsregierung daher auf, die haushaltspolitischen Voraussetzungen für eine nachhaltigere Verfolgung von illegalem Arbeitskräfteverleih und Schwarzarbeit zu schaffen und sich nicht länger mit einem "Schulterzucken" um Initiativen zu drücken. Über den Bundesrat soll die Staatsregierung sich ferner für eine drastische Anhebung der Bußgelder einsetzen. 50.000 Mark Strafe für den Schwarzarbeiter, aber auch für den Auftraggeber würden abschrecken, ein paar hundert Mark - wie bisher üblich - werden dagegen einkalkuliert, insbesondere, weil man ja weiß, daß es nur die wenigsten erwischt. Ich möchte in diesem Zusammenhang allerdings ausdrücklich betonen, daß es hier nicht um die "Nachbarschaftshilfe" geht: Vielmehr soll jenen das Handwerk gelegt werden, die im großen Stil in die eigene Tasche wirtschaften und die Allgemeinheit prellien.

Wenn nicht unverzüglich einschneidende Maßnahmen zur Bekämpfung des illegalen Verleihs und der Schwarzarbeit auf Landes- und Bundesebene ergriffen werden, geht die mittelständische Bauwirtschaft unaufhaltsam vor die Hunde. Die sowieso fehlenden dringenden Aufträge der öffentlichen Hand, die Zurückhaltung des Staates bei Investitionen und die hohen Zinsen, die vielen Bürgern das Bauen verleiden, hätten die Bauwirtschaft und deren Zulieferer in weiten Teilen bereits lahmgelegt. Dazu kommen allein beim deutschen Handwerk noch der Umsatzverlust durch Schwarzarbeit von etwa zehn Prozent (100 Milliarden Mark). Diese Fakten müssen die Verantwortlichen in Bonn und München zum Handeln zwingen. Mit dem Abbau der Steuer- und Abgabelasten allein könne der Kampf gegen die Schattenwirtschaft aber nicht gewonnen werden. Auch durch Schönfärberei und herbeigeredeter Konjunkturverbessern sei niemandem geholfen.

Es ist zu bedauern, daß sämtliche Initiativen der SPD zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegalen Leiharbeit bisher am Widerstand der CSU-Mehrheit gescheitert sind. Ich hoffe allerdings auf wachsende Einsicht auch beim bayerischen Wirtschaftsminister, der zwar noch im Januar verschärfte gesetzliche Maßnahmen für nicht erforderlich hielt, aber immerhin zugab, daß die personelle Ausstattung insbesondere auf der unteren Verwaltungsebene, ein gewisses Problem darstellt. Die Haushaltsberatungen im Herbst geben ihm die Möglichkeit, es zu lösen.

(-/15.8.1984/vo-he/rs)

+

+

+

